CDU BW Fraktion

Wie schützen wir unsere natürlichen Lebensgrundlagen?

Positionspapier zum Technischen Klimaschutz

Der Schutz von Natur und Umwelt, die Bewahrung der Schöpfung als Lebensgrundlage für kommende Generationen und die Ermöglichung einer nachhaltigen Entwicklung des Landes als stetiger Ausgleich zwischen ökologischen, ökonomischen und sozialen Interessen sind unser Antrieb als CDU-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg. Die Notwendigkeit der bereits beschlossenen Maßnahmen im Bereich des Umweltschutzes stellen wir nicht infrage. Den verbleibenden Weg zur Treibhausgasneutralität wollen wir allerdings mit mehr Technologie und weniger Ideologie gehen. Wir sind überzeugt, dass im internationalen Markt der Umwelttechnik große Chancen für baden-württembergische Unternehmen liegen. Gemeinsam mit unseren Unternehmerinnen und Unternehmern und den Menschen im Land wollen wir daran arbeiten, dass Baden-Württemberg ein modernes Industrieland bleibt, das prosperierend und wettbewerbsfähig, treibhausgasneutral und umweltfreundlich ist. Das heißt: Unser Weg zur Treibhausgasneutralität muss technologieoffen gestaltet werden. Nur so können wir das Innovationspotenzial unserer Unternehmen nutzen, international anschlussfähig bleiben, tragfähige Lösungen für alle Sektoren entwickeln und ein attraktives Vorbild für andere Regionen sein.

Geschäftsmodelle für die Abscheidung von Kohlenstoffdioxid.

Wir setzen uns auf EU- und Bundesebene dafür ein, dass ein aktives Management von Kohlenstoffdioxid in allen Branchen ermöglicht wird. Deshalb begrüßen wir die Vereinbarungen im Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD im Bund im Bereich des Kohlenstoffmanagements ausdrücklich. Insbesondere unterstützen wir die Bundesregierung bei der geplanten Ratifizierung der Änderung des London-Protokolls, der Änderung des Hohe-See-Einbringungsgesetzes und bei einer zügigen Wiederaufnahme der Novellierung des Kohlendioxid-Speicherungsgesetzes (KSpG), um die Speicherung von CO_2 grenzüberschreitend und in der deutschen Nordsee zu ermöglichen.

Beschluss vom 24.06.2025

Wir wollen, dass marktwirtschaftlich orientierte Steuerungsmechanismen EU-weit verankert werden, die den Einsatz von Technologien zur Kohlenstoffabscheidung in der Breite anreizen. Technologien zur Entnahme von CO_2 aus der Luft sollen in das Emission Trade System der EU (ETS) integriert werden. Durch die Entnahme sollen handelbare Zertifikate generiert werden. So kann ein Geschäftsmodell im Bereich Direct Air Capture geschaffen werden, das Fortschritte anreizt.

Die Realisierung einer CO_2-Pipeline im Land.

Im Land setzen wir uns für die möglich rasche Realisierung einer CO_2-Pipeline ein. Diese soll zum Abtransport von abgeschiedenem CO_2 aus Baden-Württemberg zur Speicherung dienen und potenziell auch unsere Nachbarländer – Bayern, die Schweiz, Österreich und Frankreich – anbinden. Wir begrüßen die Initiative der Landesregierung im Bereich Carbon Management, die sich zum Ziel gesetzt hat, in einem Plenum alle relevanten CO_2-Emittenten sowie mögliche Betreiber einer CCS-Infrastruktur unter Moderation der Landesregierung an einen Tisch zu bringen – dieses Format wollen wir als „Forum Kohlenstoffmanagement“ stärken und unterstützen. In diesem Rahmen sollten auch Finanzierungsmöglichkeiten wie z.B. eine Risikokapitalabsicherung oder eine Ausfallbürgschaft sowie public private partnerships diskutiert werden.

Die pragmatische Unterstützung der Entstehung einer Wasserstoffwirtschaft.

Wasserstoff ist nur dann klimafreundlich, wenn er mit Ökostrom hergestellt wird. Die beiden Delegierten Rechtsakte zur Renewable Energy Directive (RED) der EU müssen jedoch deutlich flexibler gestaltet werden, indem eine bilanzielle Betrachtungsweise für die Nutzung von Ökostrom bei der Produktion von erneuerbarem Wasserstoff ermöglicht wird. Derzeit legen die dortigen Kriterien für den Strombezug zur Produktion von Wasserstoff fest, dass dieser nur dann erneuerbar ist, wenn er mit Strom hergestellt wird, der zeitgleich von einer erneuerbaren Energieanlage erzeugt wird, die allein für diesen Zweck errichtet worden ist und von der der Strom direkt bezogen werden muss. Insbesondere beim Betrieb von Wasserstoffelektrolyseuren setzen wir uns dafür ein, dass die Produktion von erneuerbarem Wasserstoff auch bei einem Betrieb des Elektrolyseurs mit Strom aus dem Netz ermöglicht wird, wenn die Nutzung erneuerbarer Energien bilanziell nachgewiesen werden kann. Das gilt insbesondere für die Zeiten, in denen ein Überschuss an Strom aus erneuerbaren Energien vorhanden ist – hier müssen Wasserstoffelektrolyseure systemdienlich zum Einsatz gebracht werden können.

Andernfalls drohen massive Wettbewerbsnachteile für unsere Industrie und eine weitere Verlagerung von Investitionen ins Ausland.

Wir setzen uns für den Bau von großen Elektrolyseanlagen in Baden-Württemberg ein. Ein ausschließlicher Ausbau im Norden würde die bestehende Nord-Süd-Diskrepanz weiter vergrößern, da der Wasserstoff direkt bei unseren Verbraucherinnen und Verbrauchern im Süden verfügbar sein muss.

Die Nutzung des Potenzials synthetischer Gase.

Wir brauchen eine energiepolitische Gesamtstrategie, die molekulare Energieträger, wie z.B. synthetisches Erdgas, konsequent integriert. Denn synthetische Gase sind klimafreundlich, speicherbar und können zudem oftmals unter Einsatz bereits bestehender Infrastruktur genutzt werden. Das Potenzial einer verstärkten Nutzung klimafreundlicher molekularer Energieträger für Baden-Württemberg sollte in einer Studie auch unter Erörterung möglicher finanzieller Vorteile betrachtet werden.

Die Stärkung unserer Green-Tech-Branche.

Um Geschäftsmodelle für unsere Green-Tech-Branche zu schaffen, brauchen wir verlässliche Rahmenbedingungen, die Investitionen in klimafreundliche Technologien planungssicher und wirtschaftlich tragfähig machen – insbesondere für mittelständische Unternehmen. Denn unsere Green-Tech-Branche ist zentraler Innovationstreiber auf dem Weg zur Treibhausgasneutralität. Wir setzen uns für gezielte Förderprogramme, Technologiezentren und die Vernetzung von Start-ups, Mittelstand und Forschung in Baden-Württemberg ein, um Wertschöpfung, Beschäftigung und Exportpotenziale im Bereich technischer Klimaschutzlösungen zu steigern.